

226832-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – HÖP Ubstadt Weiher - Planungslos 1

OJ S 65/2026 02/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Karlsruhe, Ref. 53.1

E-Mail: Vergabe.LBG-KA@rpk.bwl.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Umweltschutz

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: HÖP Ubstadt Weiher - Planungslos 1

Beschreibung: Das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 53.1 realisiert das Hochwasserschutz- und Ökologieprojekt in Ubstadt-Weiher, kurz: "HÖP Ubstadt_Weiher", entlang des Kraichbachs, für das der Planfeststellungsbeschluss vorliegt. Der Kraichbach ist in dem betroffenen Bereich ein Gewässer erster Ordnung. Zusammen mit den Hochwasserschutzmaßnahmen sind zur Umsetzung der Ziele nach EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRRL) weitreichende gewässerökologische Verbesserungen vorgesehen. Und auch die Förderung des Feuchtgebietscharakters des Naturschutzgebietes "Bruch bei Stettfeld" ist mit dem Projekt verbunden. Das Projekt "HÖP Ubstadt-Weiher" führt somit zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in den Siedlungsgebieten von Ubstadt-Weiher, und leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur ökologischen Aufwertung des Stettfelder Bruchs. Die ingenieurbau technischen Maßnahmen umfassen im Wesentlichen den Neubau bzw. die Ertüchtigung von Hochwasserschutzdämmen sowie den Neubau einer Hochwasserschutzmauer, den gewässerökologischen Ausbau des Kraichbachs in einem sog. Entwicklungskorridor, den Neubau von Durchlassbauwerken und den Rückbau und Neubau einer Brücke. Das Projektgebiet liegt in weiten Teilen in dem Naturschutzgebiet "Bruch bei Stettfeld". Es handelt sich hier um einen äußerst sensiblen Naturraum mit einem überdurchschnittlichen Artenreichtum, u. a. mit dem Vorkommen von besonders und streng geschützten Arten. Das führt dazu, dass die Baumaßnahmen mit sehr hohen Anforderungen an den Arten- und Naturschutz auszuführen sind. Dies ist u. a. mittels einer komplexen Planung der Bauabwicklung und zahlreicher Regelungen zu gewährleisten, z. B. Bauzeitenregelungen, Schutzmaßnahmen für Bäume im Baufeld, Verfahrensweise für den Rückbau von Dämmen und Uferböschungen, Wiederverwendung von Böden, etc. Für die Überwachung der Schutzmaßnahmen kommen neben der Örtlichen Bauüberwachung eine Ökologische Baubegleitung und eine Bodenkundliche Baubegleitung zum Einsatz. Für die Dauer der Bauabwicklung sind zudem geeignete Maßnahmen für den Hochwasserschutz festzulegen und dauerhaft vorzuhalten. Weitere Besonderheiten bei dem Projekt sind Kampfmittelverdachtsflächen, die auf Grundlage einer Luftbildauswertung festgestellt wurde, sowie archäologische Kulturdenkmäler bzw. Prüffälle, die sich im Projektgebiet befinden und

die nach dem Fund zu erfassen sind. Weiterhin gibt es Baumaßnahmen mit der Betroffenheit der angrenzenden Strecke der Deutschen Bahn AG. Zudem kreuzt die Trasse der Produktfernleitung Huttenheim-Heilbronn der Bundeswehr, sog. NATO-Pipeline, das Baufeld. Parallel zu Planungslos PL1 sind weitere Planungsleistungen zu vergeben, u. a. Planungslos PL2 - Umweltplanung, Bodenkundliche Baubegleitung, Geotechnik etc.

Kennung des Verfahrens: 78f144eb-7230-4c2f-bb3b-984467c43d63

Interne Kennung: RPKR53-2025-085

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen , 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Ubstadt-Weiher

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Landkreis (DE123)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXUEYYBYTSFP22R5# Auf folgende Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) zu Anträgen für Nachprüfungsverfahren wird hingewiesen: § 160 GWB - Einleitung, Antrag.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrug: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: HÖP Ubstadt Weiher - Planungslos 1

Beschreibung: Der Leistungsumfang der zu vergebenden Planungsleistungen gliedert sich in folgende Teilleistungen: Pos. 1) Vorbereitung der Projektabwicklung, inkl. Ablauf- und Terminplanung Pos. 2) Logistikkonzept für Bodenmanagement Pos. 3) Alarm- und Einsatzplan für den Hochwasserfall Pos. 4) Grundleistungen Objektplanung Ingenieurbauwerke nach § 43 HOAI [MK6.1] Pos. 4.1) Grundleistungen Objektplanung Ingenieurbauwerke nach § 43 HOAI Leistungsphasen 5 bis 6, Option Leistungsphasen 7 bis 9 Pos. 4.1.1.) Objekt 1: Hochwasserschutzlinie Kraichbach, linke Seite, mit: - Maßnahme M3 - Hochwasserschutzdamm - Maßnahme M5 - Hochwasserschutzdamm - Wegebau M3 und M5 - Rückbau Allmendbrücke - BE-Flächen - NATO-Pipeline, Hinweis: lediglich nachrichtliche Erwähnung, da Planung/Umsetzung über Betreiber erfolgt Pos. 4.1.2) Objekt 2: Hochwasserschutzlinie Kraichbach, rechte Seite, mit: - Maßnahme M4.1 - Abschlussdamm - Maßnahme M4.2 - Vorschüttung Bahndamm Pos. 4.1.3) Objekt 3: Maßnahme M4.3 - Hochwasserschutzmauer Pos. 4.1.4) Objekt 4: Durchlassbauwerk Bruch - Kraichbach (gesteuert) Pos. 4.1.5) Objekt 5: Durchlassbauwerk Bruchgraben - Bahn Pos. 4.2.) Objektplanung Ingenieurbauwerke nach § 43 HOAI Leistungsphasen 1 bis 3, Option Leistungsphasen 4 bis 9 Pos. 4.2.1) - Objekt 6: Ersatzneubau Kraichbachbrücke Pos. 5) Grundleistungen Objektplanung Freianlagen[MK7.1] nach § 39 HOAI Leistungsphasen 5 bis 6, Option 7 bis 9 Pos. 5.1) Objekt 7: Gewässerumgestaltung Kraichbach mit: - Umgestaltung Gewässerlauf - hydraulisches Trennelement - Bruchgraben (Sohlanpassungen) -

Geländeanpassungen innerhalb der Überflutungsfläche - Maßnahmen aus dem landschaftspflegerischen Begleitplan im Gewässerkorridor in Abstimmung mit Planungslos PL2 - Umweltplanung - Hinweis: Planung Erdbau durch Planungslos PL1, Planung der Vegetation durch Planungslos PL2 - Umweltplanung Pos. 6) Örtliche Bauüberwachung gemäß HOAI, Anlage 12, besondere Leistungen LP 8, für die Objekte 1 bis 7 Pos. 7) Grundleistungen Tragwerksplanung nach § 51 HOAI Leistungsphasen 1 bis 2 (soweit noch erforderlich) und 3 bis 6, sowie Bewehrungsabnahme Pos. 7.1) Objekt 3: Maßnahme M4.3 - Hochwasserschutzmauer Pos. 7.2) Objekt 4: Durchlassbauwerk Bruch - Kraichbach (gesteuert) Pos. 7.3) Objekt 5: Durchlassbauwerk Bruchgraben - Bahn Pos. 7.4) Objekt 6: Ersatzneubau Kraichbachbrücke Pos. 8) Grundleistungen Technische Ausrüstung nach § 55 HOAI Leistungsphasen 5 bis 6, Option Leistungsphase 7-9 Pos. 8.1) Objekt 4: Durchlassbauwerk Bruch - Kraichbach (gesteuert) Pos. 9) Vermessung Pos. 9.1) Leistungsbild Bauvermessung ohne Leistungsphase 4 - Bauausführungsvermessung Pos. 10) Sicherheits- und Gesundheitskoordinator (SiGeKo)-Leistungen Pos. 11) Bestandsplanung Pos. 11.1) Erstellen der Unterlagen für Deichbuch, FIS-Deiche Pos. 12.) Besondere Leistungen Pos. 12.1) Nachweis der hydraulischen Wirksamkeit der gewässerökologischen Maßnahmen - Konzept für die Erfolgskontrolle Pos. 12.2) Option: Wasserrechtlicher Zulassungsantrag für evtl. GW-Haltung für den Ersatzneubau Kraichbachbrücke Pos. 12.3) Option: Fachliche Unterstützung bei Öffentlichkeitsarbeit des AG. Hier: Öffentlichkeitsarbeit Pos. 12.4) Termine Pos. 12.4.1) Option: Termine mit Dritten, die nicht über die vorstehenden Positionen abgedeckt sind. Abrechnung nach Zeitaufwand; Reisezeiten für Ortstermine über Anfahrtspauschalen Für den Auftrag gelten: a) Vertragsabschluss und Leistungsbeginn vsl. 01.09.2026. b) Konzept Projektabwicklung (2 Monate nach Vertragsbeginn) c) Vorbereitende Maßnahmen / Baubeginn: Ziel 4. Quartal 2027. Diese Terminvorgaben werden im Auftragsfall Vertragsbestandteil, sofern vom AG im Verhandlungsverfahren keine geänderten Terminvorgaben mitgeteilt werden (z.B. Verschiebung Leistungsbeginn ohne Verkürzung der Gesamtlaufzeit). Unmittelbar nach Leistungsbeginn ist vom beauftragten Bieter ein entsprechender Terminplan für die Umsetzung im Entwurf aufzustellen und mit dem AG abzustimmen, der diese Terminvorgaben als Rahmentermine ausweist. Einzelheiten bzgl. der Abwicklung sind nach Leistungsbeginn mit dem AG abzustimmen. Die optionalen Leistungen werden in Abhängigkeit des Projektfortschrittes nach Bedarf und der Mittelbereitstellung für die Umsetzung vom Auftraggeber schriftlich abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung optionaler Leistungen besteht nicht. Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung optionaler Leistungen nicht in Anspruch zu nehmen oder auf Teilleistungen zu beschränken, wenn z. B. die Gesamtmaßnahme nicht mehr weitergeführt wird, einzelne Teilleistungen gemäß Projektfortschritt nicht mehr erforderlich werden, der Auftraggeber mit der Qualität der erbrachten Leistungen nicht zufrieden ist oder keine Einigung über eventuelle zusätzlich erforderliche Leistungen erzielt wird.

Interne Kennung: RPKR53-2025-085

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen , 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die optionalen Leistungen werden in Abhängigkeit des Projektfortschrittes nach Bedarf und der Mittelbereitstellung für die Umsetzung vom

Auftraggeber schriftlich abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung optionaler Leistungen besteht nicht. Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung optionaler Leistungen nicht in Anspruch zu nehmen oder auf Teilleistungen zu beschränken, wenn z. B. die Gesamtmaßnahme nicht mehr weitergeführt wird, einzelne Teilleistungen gemäß Projektfortschritt nicht mehr erforderlich werden, der Auftraggeber mit der Qualität der erbrachten Leistungen nicht zufrieden ist oder keine Einigung über eventuelle zusätzlich erforderliche Leistungen erzielt wird.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Ubstadt-Weiher

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Landkreis (DE123)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/09/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2030

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Vertragsverlaengerungen bei dringlicher Erfordernis.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme# Alle ergänzend zu

dieser Auftragsbekanntmachung zur Verfügung gestellten Unterlagen und weiteren

Informationen zum Vergabeverfahren sind auf der genannten Vergabeplattform frei zugänglich

und kostenlos abrufbar. Interessenten können sich registrieren und werden dann automatisch

über Ergänzungen / Änderungen informiert. Nicht registrierte Interessenten müssen sich auf

der Vergabeplattform eigenständig über evtl. Änderungen und ergänzende Informationen

informieren. Das über die Vergabeplattform erhältliche Dokument "110 Unterlagen Verfahren"

listet die für die Teilnahme am Vergabeverfahren erforderlichen Dokumente auf. Der

Teilnahmeantrag und alle geforderten Unterlagen sind über die Vergabeplattform elektronisch

einzureichen. Der Auftraggeber wird ggf. vor einer Vergabe bzw. im Auftragsfall die Vorlage

von Originalen verlangen. Alle geforderten Angaben und Unterlagen sind, soweit nicht

abweichend geregelt, mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Die Teilnahmeanträge werden

gemäß § 55 (1) VgV erst nach Ablauf des Schlusstermins für den Eingang der

Teilnahmeanträge geöffnet. Der für das Vergabeverfahren angesetzte Terminablauf ist den

Angaben in der Bekanntmachung bzw. den Vergabeunterlagen (Dokument "130

Verfahrenstermine") zu entnehmen. Der Auftraggeber behält sich Änderungen vor. Fragen

zum Vergabeverfahren sind schriftlich über die Vergabeplattform einzureichen; Fragen werden

innerhalb der festgelegten Frist in anonymisierter Form auf der Vergabeplattform beantwortet.

Später eingehende Fragen können aus Gründen der Chancengleichheit nicht beantwortet

werden. Die geforderten Nachweise zur fachlichen Eignung (Referenzen Bewerber,) sind vom

Bewerber hinsichtlich ihrer Vergleichbarkeit mit den ausgeschriebenen Leistungen zu

priorisieren und in entsprechender Reihenfolge in die Bewerbung aufzunehmen. Die Angaben

zu den Referenzen sind hierbei mit der für die eindeutige Bewertbarkeit notwendigen Differenzierung anzugeben. Im Auswahlverfahren werden nur die Referenzen der jeweiligen Referenzliste des Bewerbungsformulars ausgewertet. Weitere Referenzen werden nicht berücksichtigt. Die Angaben zu den Referenzen sind im Formular "203 Eignungskriterien Bewerber" einzutragen. Die Erfüllung der Mindeststandards und Eignungskriterien für das Auswahlverfahren sind nach eigener Einschätzung vom Bewerber als Eigenerklärung im Formular "Eignungskriterien" einzutragen und werden vom Auftraggeber mit Hilfe der eingereichten Angaben und ggf. durch ergänzend eingeholte Auskünfte überprüft und bewertet. Die Bewertung der Referenzen der Bewerber erfolgt nach den Eignungskriterien und zugehörigen Gewichtungen, die in den Vergabeunterlagen dargestellt sind (Vgl. Formular "203 Eignungskriterien" und "211 Bewertungsbogen Auswahlkriterien"). Alle Angaben der Bewerber haben in deutscher Sprache zu erfolgen. Anderen Nachweisen oder Dokumenten sind Übersetzungen durch amtlich anerkannte Übersetzer beizufügen. Ohne solche Übersetzungen können diese Unterlagen nicht berücksichtigt werden. Benannte Ansprechpartner müssen deutschsprachig sein. Die Kosten für die Bewerbung und die Teilnahme am Vergabeverfahren werden nicht erstattet (§ 77 (1) VgV). Zusätzliche Informationen - Teilnahmeanträge: TN-Anträge / Angebote sind mithilfe elektron. Mittel einzureichen, vgl. §§ 53 (1) und 10 VgV. Gefordert: Einreichung elektronisch in Textform über die Vergabeplattform. Die Unterzeichnung von Anträgen u. Dokumenten erfolgt durch den Eintrag des vollständigen Vor- u. Zunamens des Erstellers, bei Erfordernis zusätzlich durch Ergänzung der Unternehmensbezeichnung, z.B. zur eindeutigen Zuordnung bei Bietergemeinschaften. Die Personen, die zur Unterzeichnung des Antrags u. zur Vertretung des Bewerbers im Verfahren ermächtigt sind, sind in der Eigenerklärung (EE) und durch ergänzende Informationen zur Berechtigung der Vertretung zu benennen. Hinweis: TN-Anträge sind explizit mit Anschreiben zu stellen; auf der o.g. Vergabeplattform sind hierzu Vorlagen eingestellt - alternativ ist die Verwend. formloser Anschreiben möglich. - Registereintrag: Vorlage eines akt. Nachweises über die Eintragung in einem Berufs- od. Handelsregister (HR), zum Zeitpunkt der Teilnahme nicht älter als 1 Jahr, od. Nachweis der erlaubten Berufsausübung auf and. Weise gem. § 44 (1) VgV. Bei ausländ. Bewerbern durch eine Beschein. der zuständ. Behörde des Herkunftslandes, ggf. mit zugehöriger Übersetzung. Bei Unternehmen, die nicht zur Eintragung in ein HR o.ä. verpflichtet sind, durch Eigenerklärung. Aus dem Nachweis müssen die Rechtsform u. die Berechtigung der Person(en) für die rechtsgeschäftliche Unterzeichnung des Antrags u. der verlangten Erklärungen zweifelsfrei hervorgehen. Im Fall einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist für jedes Mitglied der Gemeinschaft ein sep. Nachweis vorzulegen. - Eigenerklärung (EE): Eine EE ist verlangt, vgl. § 48 (1) VgV. Diese dient als vorläufiger Beleg des Nicht-Vorliegens von Ausschlussgründen. Die EE ist mit dem vollständigen Vor- u. Zunamen des Erstellers zu versehen u. mit dem TN-Antrag über die Vergabeplattform elektronisch einzureichen (Datei/Ausdruck im pdf-Format). Im Fall einer Biege ist die EE für jedes Mitglied einzeln vorzulegen (§ 47 (4) VgV). Ergänzend zur EE werden weitere Belege zur Eignung verlangt, die in dieser Bekanntmachung genannt sind. - Bewerber-/Bietergemeinschaften (BieGe): BieGe sind zugelassen, wenn alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften u. ein geschäftsführendes Mitglied als bevollmächtigter Vertreter bestimmt ist, auch über die Auflösung der Biege hinaus (§§ 47 (3) und 53 (9) VgV). In diesem Fall ist mit dem TN-Antrag eine entsprechende von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung in eingescannter Form einzureichen. - Unterauftrag (UA): Bei beabsichtigter Vergabe eines UA wird mit dem TN-Antrag eine Erklärung des Bewerbers verlangt, welche Teile u. Anteile des Auftrags das Unternehmen beabsichtigt als UA zu vergeben (§ 46 (3) Nr. 10 VgV); vom beabsichtigten UA-Nehmer ist die EE separat in elektronischer Form vorzulegen (§ 47 (2) VgV). - Verpflichtungserklärungen (VE): VE gem. § 47 (1) VgV der Unternehmer, an die ein UA vergeben werden soll, werden von den Bewerbern

verlangt, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, und sind spätestens mit dem Angebot elektronisch vorzulegen. - Originale: Vor einer Vergabe bzw. im Auftragsfall sind die vorstehenden Nachweise u. Erklärungen auf Anforderung im Original vorzulegen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit -

5.1.9.1.1) Berufshaftpflichtversicherung (BHV): Nachweis nach § 45 (4) Nr. 2 VgV zur BHV mit Mindestdeckungssummen (MDS) wie unten genannt. Ersatzweise Bescheinigung einer Versicherung, dass im Auftragsfall der Abschluss einer BHV entsprechender Deckung zugesagt ist. Der Nachweis wird von den Bewerbern verlangt, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, und ist spätestens mit dem Angebot vorzulegen. Im Fall einer Biege wird für jedes Mitglied der Gemeinschaft ein separater Nachweis gefordert. Vor einer Vergabe bzw. im Auftragsfall ist der Nachweis auf Anforderung im Original vorzulegen. Geforderte MDS: Für Personenschäden: 3 Mio. EUR. Für sonstige Schäden: 3 Mio. EUR. 5.1.9.1.2) Umsatz Erklärung nach § 45 (4) Nr. 4 VgV über den Gesamtumsatz und den spezifischen Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren; wird im Formular EE als Eigenerklärung abgefragt. Im Fall einer Biege ist für jedes Mitglied der Gemeinschaft eine separate Erklärung vorzulegen. 5.1.9.1.3) Personal/Beschäftigte Erklärung nach § 46 (3) Nr. 8 VgV, aus der die Zahl der Führungskräfte des Unternehmens und die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl in den letzten drei Jahren ersichtlich ist; wird im Formular EE als Eigenerklärung abgefragt. Im Fall einer Biege ist für jedes Mitglied der Gemeinschaft eine separate Erklärung vorzulegen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 20,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit -

5.1.9.2.1) Schlüsselpersonal Erklärung nach § 43 (1) VgV zu dem für die Erbringung der Leistung vorgesehenen Personal mit Nennung der Funktion im Projekt (Projektleiter [PL], stellvertretender Projektleiter [SPL], ggf. Fachprojektleiter, fachliche Zuständigkeiten) und der Funktion beim Bewerber. Ergänzend werden für das verantwortliche Personal Angaben zur Berufsqualifikation verlangt; Ausbildungsnachweise sind erst mit dem Angebot verpflichtend vorzulegen. 5.1.9.2.2) Referenzen des Bewerbers Nachweis geeigneter Referenzen des Bewerbers (Unternehmen) nach § 46 (3) Nr. 1 VgV über ausgeführte Leistungen, die unter Beachtung der weiter unten aufgeführten Mindeststandards ganz oder teilweise den anstehenden Aufgaben entsprechen. Referenzen können entweder vom Bewerber selbst (bei Bewerbungsgemeinschaften: von mind. einem der Bewerber) oder von einem im aktuellen Verfahren benannten Nachunternehmer im Rahmen der Eignungsleihe (§ 47 VgV) erbracht werden. Die Referenzen dürfen zum Zeitpunkt der Bewerbungsfrist nicht älter als 12 Jahre sein. Zu den Referenzen werden jeweils folgende Angaben gefordert, die obligatorisch im Formular "Eignungskriterien Bewerber" anzugeben sind: Projektbezeichnung, Kosten der Maßnahme bzw. Honorar der Dienstleistung, Auftragnehmer, Auftraggeber mit Ansprechpartner u. Kontaktdaten, Ausführungsort, Objekttyp und -größe, erbrachte Leistungen bzw. Leistungsphasen und Honorarzonen (soweit zutreffend), Zeitraum der

Leistungserbringung (für abgeschlossene Leistungen/Leistungsphasen). Unterschieden wird zwischen obligatorisch vorzulegenden Mindestreferenzen und weiteren, fakultativen Referenzen. Mindestreferenzen sind in besonderem Maße geeignet, das mit den anstehenden Aufgaben vergleichbare Leistungsspektrum des Bewerbers darzustellen und die Einhaltung der Mindeststandards für die Eignungskriterien nachzuweisen. Sie werden einer differenzierten Bewertung unterzogen. Hierzu können zusätzlich zu den geforderten Referenzangaben beschreibende Darstellungen auf maximal zwei DIN-A4-Seiten eingereicht werden (Gestaltung freigestellt). Weitere Referenzen dienen der Vervollständigung zum Nachweis der Bewerber-Qualifikation. Geeignete Referenzen gemäß Formular "Auswahlkriterien":

Ref. 1, Mindest-Referenz (obligatorisch): Dammbau am Fließgewässer (nach DIN19712). Geforderte Mindeststandards: Objektplanung Ingenieurbauwerke nach § 43 HOAI, LPH 5 bis 8, Mind. Honorarzone III, anrechenbare Kosten von netto > 1,5 Mio. EUR, mit örtl. Bauüberwachung. Zusatzpunkte, wenn: - Dammertüchtigung mit Wiederverwertung geeigneten/konditionierten Dammmaterials - Maßnahme in einem sensiblen Naturraum (NSG, FFH oder vergleichbar) - besondere Anforderungen an die Gründung.

Ref. 2, Mindest-Referenz (obligatorisch): Ökologische Gewässerumgestaltung/Gewässerrenaturierung. Geforderte Mindeststandards: Grundleistungen Objektplanung Freianlagen nach § 39 HOAI, LPH 5 bis 8, Mind. Honorarzone III, anrechenbare Kosten von netto > 300 Tsd. EUR, Planung für die Zielerreichung der EU WRRL. Zusatzpunkte, wenn: - Maßnahme in einem sensiblen Naturraum (NSG, FFH oder vergleichbar), - im Feuchtgebiet oder mit Auenanbindung, - mit besonderen Anforderungen hinsichtlich des Bodenschutzes, - Maßnahmenbereich > 400 m.

Ref. 3, Mindest-Referenz (obligatorisch): Brückenbauwerk. Geforderte Mindeststandards: Grundleistungen Objektplanung Ingenieurbauwerke nach § 43 HOAI, LPH 2 bis 8, Mind. Honorarzone II, anrechenbare Kosten von netto > 200 Tsd. EUR. Zusatzpunkte, wenn: - Gewässer überspannend, - schwierige Baugrund- und/oder Geländebeziehungen.

Ref. 4 (wie Ref. 1): Dammbau am Fließgewässer (nach DIN19712). Geforderte Mindeststandards: Objektplanung Ingenieurbauwerke nach § 43 HOAI, LPH 5 bis 8, Mind. Honorarzone III, anrechenbare Kosten von netto > 1,5 Mio. EUR, mit örtl. Bauüberwachung. Zusatzpunkte, wenn: - Dammertüchtigung mit Wiederverwertung geeigneten/konditionierten Dammmaterials, - Maßnahme in einem sensiblen Naturraum (NSG, FFH oder vergleichbar), - besondere Anforderungen an die Gründung.

Ref. 5 (wie Ref. 2): Ökologische Gewässerumgestaltung /Gewässerrenaturierung. Geforderte Mindeststandards: Grundleistungen Objektplanung Freianlagen nach § 39 HOAI, LPH 5 bis 8, Mind. Honorarzone III, anrechenbare Kosten von netto > 300 Tsd. EUR, Planung für die Zielerreichung der EU WRRL. Zusatzpunkte, wenn: - Maßnahme in einem sensiblen Naturraum (NSG, FFH oder vergleichbar), - im Feuchtgebiet oder mit Auenanbindung, - mit besonderen Anforderungen hinsichtlich des Bodenschutzes, - Maßnahmenbereich > 400 m.

5.1.9.2.3) Referenzen Schlüsselpersonal (Vorlage erst mit Angebot); Nachweise geeigneter Referenzen des Schlüsselpersonals (Projektleiter, stellvertretender Projektleiter) nach § 46 (3) Nr. 1 VgV über ausgeführte Leistungen, die ganz oder teilweise den anstehenden Aufgaben entsprechen, werden erst mit der Abgabe des Angebotes gefordert und in den Zuschlagskriterien gewertet. Diese Referenzen sind im Teilnahmewettbewerb noch NICHT einzureichen.

5.1.9.2.4) Qualitätssicherung; Erklärung des Bewerbers nach § 46 (3) Nr. 3 VgV zu den Maßnahmen zur Gewährleistung der Qualität seiner Leistungen im Hinblick auf Zufriedenheit des Auftraggebers, fachliche Korrektheit, Wirtschaftlichkeit, Termintreue, Flexibilität, Datenaustausch und Dokumentation (Eigenerklärung, ggf. ergänzend Bescheinigung einer Zertifizierungsstelle).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 70,00

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Sonstige - Maßnahmen zur Gewährleistung der Qualität sowie Gesamteindruck der Bewerbung, gemäß Formular 211 Auswahlkriterien der Vergabeunterlagen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 10,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 24/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXUEYYBYTSFP22R5/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXUEYYBYTSFP22R5>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 22/05 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXUEYYBYTSFP22R5>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 05/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Folgende Unterlagen werden gemäß Teilnahmebedingungen nicht nachgefordert: - Teilnahmeantrag, ein nicht einreichen der genannten Unterlage führt zum Ausschluss vom Verfahren.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Für die Erbringung der Leistung des verantwortlichen Projektleiters wird eine Berufsqualifikation als Ingenieur, Architekt, oder

vergleichbar im Sinn der §§ 75 (1) und (2) VgV gefordert. § 75 (3) VgV gilt entsprechend. Ein Nachweis der Berufszulassung für die verantwortliche Person ist spätestens mit Angebotsabgabe vorzulegen (z.B. Diplomzeugnis, Eintrag in ein Berufsregister). Juristische Personen und Gesellschaften haben die Stellung der Person anzugeben, für welche ein Nachweis beigelegt ist, sowie eine Eigenerklärung zur Übernahme der inhaltlichen Projektführung durch diese Person, siehe auch Erklärung zum Personal. Bei Bietergemeinschaften ist eine solche Erklärung für ein Mitglied beizufügen. Änderungen im Hinblick auf das vom Bewerber benannte Schlüsselpersonal (Projektleiter, Stellv. Projektleiter) und die Verteilung der Funktionen sind nach der Zuschlagserteilung nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Dies betrifft auch die Beauftragung anderer Nachunternehmer.
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit... 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Regierungspräsidium Karlsruhe, Ref. 53.1
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Regierungspräsidium Karlsruhe, Ref. 53.1
Beschaffungsdienstleister: wat Ingenieurgesellschaft mbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Karlsruhe, Ref. 53.1

Registrierungsnummer: 08-A46008-03

Postanschrift: Markgrafenst. 46

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76133

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: Vergabe.LBG-KA@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721-926-0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: wat Ingenieurgesellschaft mbH

Registrierungsnummer: HRB105996

Postanschrift: Kleinoberfeld 5

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76135

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: info@wat.de

Telefon: +49 7219872-0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Internetadresse: <https://rpk.baden-wuerttemberg.de/abt1/referat-15-vergabekammer/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Registrierungsnummer: USt. ID_DE811469974

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Internetadresse: <https://rpk.baden-wuerttemberg.de/abt1/referat-15-vergabekammer/>

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: b85d79d3-cf59-4f0b-bb3c-058a7782d060 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 01/04/2026 10:26:55 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 226832-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 65/2026

Datum der Veröffentlichung: 02/04/2026